

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Beschäftigungsprogramm - Nordseever Verschmutzung - Automobilindustrie - EG-Japan - Ost-West-Handel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1988) : Kurz kommentiert: Beschäftigungsprogramm - Nordseever Verschmutzung - Automobilindustrie - EG-Japan - Ost-West-Handel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 8, pp. 389-390

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136424>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beschäftigungsprogramm Frankes 100-Milliarden-Plan

Obwohl sich der Konjunkturhorizont in den letzten Monaten wieder deutlich aufgehellt hat, bleiben die Arbeitsmarktperspektiven düster; Erfolge beim Abbau der hohen Arbeitslosigkeit werden auch in diesem Jahr nicht zu verzeichnen sein. Das hat den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, veranlaßt, erneut seinen Vorschlag eines 100-Milliarden-Programms zur Stadtsanierung und Dorferneuerung ins Gespräch zu bringen. Franke plädiert dafür, das 1990 auslaufende Städtebauförderungsprogramm fortzuführen und die Mittel dafür von derzeit etwa 2 Mrd. DM auf 10 Mrd. DM jährlich aufzustocken. Das Programm solle über zehn Jahre laufen; je nach Ausgestaltung verspricht er sich davon zwischen 170 000 und 340 000 neue Arbeitsplätze, vor allem in der Bauwirtschaft.

Schon die Umsetzung eines Programms dieser Größenordnung dürfte auf beträchtliche Schwierigkeiten stoßen, obwohl bei der Stadtsanierung unbestritten Handlungsbedarf besteht. Eine gehörige Portion Skepsis erscheint auch hinsichtlich der erhofften Beschäftigungserfolge angebracht. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit werden staatliche Ausgabenprogramme, zumal wenn sie schwerpunktmäßig einzelne Branchen wie die Bauwirtschaft begünstigen, nur zu leicht durch Preissteigerungen ausgezehrt. Zudem würde eine Finanzierung über zusätzliche Kredite, wie sie Franke offenbar vorschwebt, die Haushaltsdefizite kräftig in die Höhe schnellen lassen; das hätte nach aller Erfahrung negative Konsequenzen für die Erwartungen – und nicht zuletzt für die Zinsen – und damit für Wachstum und Beschäftigung. Wenn das Städtebauförderungsprogramm schon aufgestockt werden soll, sollte die Finanzierung über Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten erfolgen, und die Größenordnung müßte viel bescheidener sein, als sie Franke vorschlägt. ew

Nordseever Verschmutzung Nationaler Alleingang?

Die Industrieländer haben zunehmend Schwierigkeiten, ihren Abfall innerhalb ihrer Ländergrenzen zu „entsorgen“. Auch der Export in Drittländer stößt an Grenzen, seitdem bei den freiwilligen und unfreiwilligen Empfängern die Sensibilität gewachsen ist. Lediglich die

Nutzung der Meere als freie Deponien wird noch weitgehend ungehindert, wenn auch nicht unbeachtet, fortgesetzt. Erst durch das von den Medien aufmerksam registrierte massenhafte Robbensterben in der Nordsee zur Haupturlaubszeit erhält dieser Umweltskandal die gebührende Aufmerksamkeit. Schon fordern Politiker wieder rasche und abgestimmte Anstrengungen der Anrainerstaaten. So richtig derartige Initiativen auch sind, in der Praxis von bisher zwei Nordseeschutzkonferenzen waren die schließlich ausgehandelten mageren Kompromisse kaum geeignet, den Zustand des Patienten zu bessern.

Daher ist die erneute Ankündigung eines nationalen Alleingangs zur Rettung der Nordsee durch den deutschen Umweltminister zu begrüßen, auch wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen selbst unzureichend sind. Die erklärte Absicht, das Verursacherprinzip auf allen Ebenen durchzusetzen, kann man nur unterstützen, sie ist allerdings im Maßnahmenkatalog nicht immer wiederzufinden. Im übrigen geben die bisherigen Erfahrungen mit dem Gewässerschutz, etwa bei der Novellierung des Abwasserabgabengesetzes vor zwei Jahren, Anlaß zu Zweifeln, was die Umsetzung in konkrete Maßnahmen angeht. Auch die Finanzierung, etwa des mit 14 Mrd. DM wahrscheinlich zu niedrig angesetzten Investitionsvolumens für die Modernisierung der kommunalen Kläranlagen, ist bislang noch offen. Insofern bleibt abzuwarten, ob die gewaltige Aufgabe, die der Minister vor uns sieht, nach der Sommerpause tatsächlich in Angriff genommen oder erst einmal wieder zu den Akten gelegt wird, wenn das Interesse am Robbensterben erlahmt.

ma

Automobilindustrie Ein Pyrrhussieg Frankreichs?

Wie steinig der Weg zur Durchsetzung umweltfreundlicherer Technik ist, wenn dazu internationale Vereinbarungen erforderlich sind, läßt sich eindrucksvoll am Beispiel verschärfter Abgasnormen für Kleinwagen belegen. Im Juni dieses Jahres hatten sich in Luxemburg die Umweltminister der EG darauf geeinigt, vom 1. Oktober 1992 an die Schadstoffemissionen von Kleinwagen bis zu 1,4 l Hubraum durch den Einbau von Katalysatoren deutlich zu verringern. Dieser Kompromiß, im Spannungsfeld widerstrebender Partikularinteressen als kleinster gemeinsamer Nenner ausgehandelt, gilt nach dem überraschenden Rückzug der französischen Regierung als vorerst gescheitert.

Als treibende Kraft hinter dem französischen Veto wird der Automobilhersteller PSA angesehen, der Kraftwagen der Marken Peugeot und Citroën herstellt. Es wird vermutet, daß sich PSA durch den Bau eines Kleinwagens mit 1,39 l Hubraum und hoher Motorleistung gegenüber den mit Katalysatoren ausgestatteten Mittelklassewagen der Konkurrenz kurzfristig Wettbewerbsvorteile verschaffen will.

Abgesehen von der negativen Signalwirkung eines Scheiterns des EG-Abkommens im Hinblick auf andere längst überfällige internationale Vereinbarungen wie zum Schutz der Nordsee oder des Rheins und der Elbe könnte sich das Vorgehen von PSA auf längere Sicht allerdings als Pyrrhussieg erweisen. Denn wenn bei den niederländischen, dänischen, griechischen und westdeutschen Autokäufern erst einmal ein negatives Image aufgebaut wird, weil PSA in Sachen Umweltschutz lieber die Nachhut bildet, als sich mit an die Spitze des technischen Fortschritts zu setzen, könnten sich auf längere Sicht Absatzprobleme einstellen. Als ein erstes Indiz hierfür kann man wohl die Reaktion von Renault werten, wo im Gegensatz zu PSA die Katalysatortechnik als eine tragende Säule in die Marketingstrategie eingebaut wird. hn

EG – Japan

Japans erste GATT-Klage

Die handelspolitischen Auseinandersetzungen Japans mit den anderen Großen des Welthandels scheinen in eine neue Phase zu treten. Die fernöstliche Handelsgroßmacht, bisher stets selbst Beschuldigter vor dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT, scheint fest entschlossen, diese internationale Organisation nunmehr erstmals als Kläger zur Entscheidung in einem Konflikt mit der EG anzurufen. Japan möchte geklärt wissen, ob die Anti-Dumping-Abgaben mit den Regeln des internationalen Handels in Einklang stehen, die von der EG auf bestimmte Waren, z.B. elektrische Schreibmaschinen und Waagen, auch dann erhoben werden, wenn die Güter in der Gemeinschaft hergestellt wurden, die Einzelteile aber zu weniger als 40 % aus europäischer Produktion stammen.

Dieser Schritt ergänzt natürlich konsequent die gegenwärtig auch mit Hilfe von Hochglanzbroschüren vorangetriebene Selbstdarstellung Japans als Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das durch verantwortungsbewußtes Handeln für das Wohlergehen dieser Gemeinschaft sorgt. Vergleichende Hinweise auf die Öffnung der eigenen Märkte stehen dabei an vorderster Stelle. Darüber hinaus aber zeigt die Drohung mit dem GATT, daß Japan sich nicht nur stark genug fühlt, son-

dern auch willens ist, dem immer subtilere Formen annehmenden Protektionismus der EG und anderer Länder entgegenzuwirken. Schreibmaschinen und Waagen sind nur Anlaß für den „Musterprozeß“. Längst aber zeichnet sich ab, daß in Europa produzierte japanische Automobile den Grund für eine weitere GATT-Klage abgeben könnten, obwohl diese schon zu 60 bis 65 % aus europäischen Teilen bestehen. Auf diese Weise können die Europäer ihrem Konkurrenten in Fernost Schritt für Schritt zu einem liberalen Profil verhelfen. ho

Ost-West-Handel

Entrümpelung der CoCom-Liste

Nachdem die CoCom-Mitglieder sich auf ihrer Jahrestagung in Versailles im Januar dieses Jahres endlich über die grundsätzliche Notwendigkeit einer Kürzung der CoCom-Liste einigen konnten, kündigte das US-Handelsministerium nun Anfang August konkrete Schritte an. Die Beschränkungen für den Export weniger entwickelten Computermaterials in den Ostblock sollen gelockert werden.

Damit dürfte die US-Regierung nicht nur den Forderungen der europäischen CoCom-Partner, sondern vor allem dem wachsenden Druck der amerikanischen Wirtschaft nachgeben. Denn US-Studien sind längst zu dem Ergebnis gekommen, daß die restriktive Exportkontrollpolitik der US-Behörden der eigenen Wirtschaft nicht genützt, sondern vielmehr spürbaren Schaden zugefügt hat, und zwar nicht allein bezogen auf den Osthandel, sondern auch beim Export in die nichtsozialistische Welt. Zudem ist mittlerweile selbst der CIA der Überzeugung, daß das Kopieren westlicher Technologie durch den Ostblock im Falle einer Exportfreigabe viel zu zeitaufwendig wäre; bei dem heutigen Tempo der technologischen Entwicklung ist die Gefahr des Verlustes von technologischer Überlegenheit eher gering einzuschätzen.

Ohne Frage ist der Versuch, die CoCom-Liste zu entrümpeln und damit das unübersichtliche Kontrollsystem zu vereinfachen, zu begrüßen. Da die beschlossene Lockerung allerdings im wesentlichen weniger entwickelte Computertechnologie betrifft, wird sich mit dieser Maßnahme der Anteil von neuester Spitzentechnologie am Import des Ostblocks aus dem Westen nicht erhöhen lassen, der nach OECD-Angaben z.B. im Falle der UdSSR gegenwärtig weniger als 2 % beträgt. Fraglich ist darüber hinaus, ob dieser Beschluß der US-Behörden in allen Ländern Osteuropas auf eitel Freude stoßen wird, da er einen Sektor berührt, in dem sich insbesondere die DDR – der Not gehorchend – erfolgreich etabliert hat und nun westliche Konkurrenz befürchten muß. pi